

BSBD Berlin und dbb berlin fordern: Unterbezahlung der Ärztinnen und Ärzte im Justizvollzug beenden

Die dbb tarifunion und der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes haben für den 28.01.2010 zu einer zentralen Demonstration in Frankfurt am Main vor der Hauptgeschäftsstelle der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände - VKA - aufgerufen, um gegen die Unterbezahlung von Ärztinnen und Ärzte zu demonstrieren.

Grund für die Demonstration: Die Tarifabschlüsse für die im Kommunal- und Landesdienst angestellten Krankenhausärzte mit den Verbesserungen bei den Entgelten haben keine Gültigkeit für die Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst verdienen 500 bis 1.500 Euro weniger im Monat als ihre Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern.

Im Land Berlin hat die Unterbezahlung der Ärztinnen und Ärzte zur Folge, dass die Nachbesetzung freier Planstellen für Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst in den Bezirken, beim polizeiärztlichen Dienst, des Justizvollzuges, der Zentralen Medizinischen Gutachtenstelle und in allen weiteren medizinischen Sondereinrichtungen nicht mehr besetzt werden können.

„Wir unterstützen die Aktion nach besserer Bezahlung der Ärztinnen und Ärzte ausdrücklich und erneuern unser Forderung auch in Berlin eine schnelle Anpassung an die Gehälter in den Krankenhäusern vorzunehmen“, äußerte sich der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny.

Derzeit sind 4,5 Planstellen für Ärztinnen und Ärzte im Justizvollzug nicht besetzt. Der leitende Anstaltsarzt in der JVA Tegel hat zur Jahresmitte gekündigt. Eine Ausschreibung der Stelle ist bisher nicht erfolgt. „Die Versorgung der Inhaftiert ist dadurch ernsthaft gefährdet. Daher ist eine schnelle Besetzung der Stellen dringend erforderlich, was nur mit einer deutlich finanziellen Verbesserung möglich ist“, forderte Goiny weiter.

Für das Land Berlin fordern BSBD und dbb berlin:

1. Angleichung der Entgelte der Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst (einschl. Polizei, Justizvollzug, ZMGA, Sondereinrichtungen) an die Entgelte der Ärzte in den Krankenhäusern,
2. Anhebung der Besoldungsstruktur für die beamteten Ärztinnen und Ärzte an das Niveau der Ärzte in den Krankenhäusern,
3. Erhöhung der Zahl der Beförderungssämter für die beamteten Ärztinnen und Ärzte,
4. Zuordnung der Spitzenfunktionen mit Ergebnisverantwortung für Ärztinnen und Ärzte in der Besoldungsordnung B sowie Einführung von Ämtern in der Besoldungsgruppe A 16 mit Zulage und
5. Festlegung eines Einstellungskorridors für den Öffentlichen Gesundheitsdienst.
6. Verbeamtung der Ärztinnen und Ärzte im Justizvollzug

Der BSBD Berlin erwartet, dass insbesondere die Justizsenatorin sich bei ihren Kollegen, den Senatoren für Inneres und Finanzen für eine Verbesserung im Justizvollzug einsetzt!

BSBD Berlin – Nähe ist unsere Stärke!